

## DAS THEMA

# Stell Dir vor, es ist Wahl und alle gehen hin...

Eine weitere Direkte-Demokratie-Tagung der Landtagsfraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Grüne zusammen mit dem „Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen“ – nunmehr bereits die vierte – befasste sich mit dem Thema: „Stell Dir vor, es ist Wahl und alle gehen hin – Soziale Inklusion bei Wahlen und Abstimmungen“.

Denn „nach jeder Wahl werden Klagelieder über die niedrige Wahlbeteiligung angestimmt und besonders einkommensschwache und bildungsferne Schichten wenden sich zunehmend von politischen Prozessen ab“, so hieß es in der Einladung zur Tagung am 4. März im Erfurter Landtag, zu der Ralf-Uwe Beck, Sprecher des Bündnisses „Mehr Demokratie in Thüringen“, zahlreiche interessierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger sowie Landtagsabgeordnete, vor allem auch aus der Linksfraktion, begrüßen konnte.

Er erinnerte an den z.T. steinigen Weg des Ausbaus der direkten Demokratie in Thüringen und sagte, zwar seien inzwischen alle für die Bürgerbeteiligung, aber wenn es konkret werde, stoße das Verlangen nach mehr Einflussrechten oft auch auf Hindernisse.

Den Eröffnungsbeitrag – überschrieben mit dem Titel „Wählen zwischen Macht und Ohnmacht“ – hielt Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, frühere Bundesjustizministerin und derzeit Mitglied im Kuratorium von „Mehr Demokratie

## Demokratie-Tagung zum Thema „Soziale Inklusion bei Wahlen und Abstimmungen“

e.V.“. Anschließend stellten Wissenschaftler Forschungsergebnisse zur Beteiligung bei Wahlen und Abstimmungen vor (mehr dazu im untenstehenden Beitrag). Spannend war auch der Vortrag von Dr. Michael Efler, Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie e.V., zum Hamburger Volksentscheid zur Schulreform, den er nicht als Beleg für eine Relativierung direktdemokratischer Beteiligung wertete. Nach diesem schon sehr anspruchsvollen Programm gingen die Vertreter aller fünf Landtagsfraktionen in der Podiumsdiskussion der Frage nach, ob wir in Deutschland eine Wahlpflicht brauchen.

Natürlich nicht, da waren sich alle einig. Dorothea Marx (SPD) betonte jedoch, dass nach den Ursachen für eine niedrige Wahlbeteiligung gesucht werden müsse. Dirk Adams (Bündnis 90/Die Grünen) erinnerte an die „fliegenden Wahlurnen“ in der DDR und den subtilen sozialen Druck. Manfred Scherer (CDU) sagte, „Politikverdrossenheit kann man nicht durch Wahlpflicht bekämpfen“ und Dirk Bergner von der FDP hielt es mit Pestalozzi „Beispiele machen Lust“, auf keinen Fall Zwang. Schließlich erhielt der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Bo-



do Ramelow, die Möglichkeit, seine Auffassung darzulegen – „gegen Wahlzwang, aber für direkte Demokratie“. Er sprach sich vor allem dafür aus, dass bei Entscheidungsprozessen mehr in die Gesellschaft hineingegangen werden müsse. Und mehr Demokratie bedeute auch, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr mitentscheiden – auch bei Finanzfragen, auch über Bürgerhaushalte. Dabei seien „mehr Ehrlichkeit und mehr Klarheit“ notwendig, statt „Scheinpartizipation“ über Emails bei Aufreger-Themen zum Beispiel. Die LINKE wolle dieses Land fair verän-

dern, dies betreffe vor allem auch die Bildungslandschaft. Ob das gegliederte Schulsystem aufgegeben werden sollte, dazu könnte es ein verfassungsänderndes Referendum geben, so Bodo Ramelow. Dorothea Marx meinte, dass frühzeitig für eine Änderung der Schullandschaft geworben werden sollte und dass doch das positive Beispiel der Gemeinschaftsschulen bereits wirke. Im Übrigen werde man nach den Landtagswahlen „sehen, mit wem wir am meisten SPD-rote Politik verwirklichen können“...

A. Rudolph

## Zugang zu Informationen wichtig für demokratische Teilhabe

Auf dem Gebiet der direkten Demokratie habe sich in den vergangenen Jahren in anderen Staaten und vor allem in den Bundesländern viel getan und es seien – im Gegensatz zur Weimarer Republik – sehr positive Erfahrungen gemacht worden, so dass der bundesweite Volksentscheid in das Grundgesetz gehört, so Dr. Herta Däubler-Gmelin auf der Demokratie-Tagung am 4. März im Landtag.

Ihr Eingangsvortrag „Wählen zwischen Macht und Ohnmacht“ beschäftigte sich auch mit dem Thema Wahlpflicht. Diese könne Menschen nicht zu nachhaltigem Engagement bewegen, so lange sie den Eindruck haben, dass ihre Stimmabgabe nicht wirklich etwas bewegt. Die Referentin verwies – auch mit Blick auf die anstehende Europawahl – auf die in der EU deutlich vorhandenen und dringend zu beseitigenden Demokratiedefizite, z.B. die nicht durch demokratische Wahl legitimierte Entscheidungsmacht von Kommissionen aus Regierungsvertretern der Mitgliedsstaaten zulasten des EU-Parlaments. Sebastian Bödeker vom Wissenschaftszentrum Berlin stellte aktuelle Forschungsergebnisse vor, die klar die Abhängigkeit von sozialer Situation und demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten aufzeigen. Er betonte, dass der Zugang zu Informationen, Wissen und Bildung zentrale Be-



deutung für gleiche demokratische Teilhabe hat. Dabei geht es nicht nur um Wahlen und Abstimmungen, Menschen sollen auch für andere Beteiligungsformen, wie Bürgerinitiativen oder Kommunalmandate, gewonnen werden. Dazu müssten soziale Zugangshürden wie diejenige beseitigt werden, dass Menschen aus sogenannten bildungsferneren Schichten bei Versammlungen u.U. weniger Gehör finden, weil sie nicht so „geschliffen“ reden – obwohl ihre Argumente inhaltlich sehr gut sind.

Prof Dr. Heinrich Best (Friedrich-Schiller-Universität Jena) beschäftigte sich mit Ergebnissen des „Thüringen-Monitors“ zu demokratischer Einstellung und Beteiligung im Land und machte deutlich, dass die „Beteiligungsforschung“ in Thüringen noch ausgebaut werden könnte. In einem

Audiomitschnitt einer anderen Veranstaltung kam Prof. Serdült aus der Schweiz zu Wort, der das „Beteiligungsverhalten“ der Schweizer Stimmbürger an Volksabstimmungen über viele Jahre untersucht hat. Sein Fazit: Auch wenn an einzelnen der bis zu vier Abstimmungstermine im Jahr nicht alle teilnehmen, so beteiligen sich über das Jahr betrachtet tatsächlich deutlich mehr als die Hälfte der Stimmbürger mindestens an einer der Volksabstimmungen – zumal es dann anders als bei Wahlen um Sachthemen geht.

Dr. Michael Efler (Bundesvorstand Mehr Demokratie e.V.) setzte sich mit der Frage auseinander, inwiefern der Hamburger Volksentscheid gegen Teile der dortigen Schulreform ein Beleg für soziale Exklusionsprozesse ist. Das kann nach Auswertung der Wahlergebnisse so pauschal nicht bestätigt werden, denn auch in „besser situierten“ Wohnbezirken gab es deutliche Zustimmung zur Schulreform. Klar ist auch: der „Knackpunkt“ des Volksentscheids war offensichtlich die Abschaffung des Elternwahlrechts zur Entscheidung für die weiterführende

Schule. Es gab deutliche Kommunikationsdefizite von öffentlicher Seite – bis dahin, dass die Wiedereinführung des Elternwahlrechts noch vor der Abstimmung nicht mehr ausreichend vermittelt wurde.

In „7 mal 7 Minuten für mehr Beteiligung“ wurden wichtige Aspekte wirkungsvoller Beteiligung vorgestellt. So arbeitete Maik Nothnagel, Inklusionspolitiker der Linksfraktion, an Beispielen die Bedeutung der Barrierefreiheit heraus – bis hin zur Forderung, Menschen in gesetzlicher Betreuung nicht länger vom Wahlrecht auszuschließen. Dr. Sibylle Hallik (Redaktionsstab der Gesellschaft für Deutsche Sprache beim Bundestag) machte sehr anschaulich, wie einfache und verständliche Sprache in Texten hilft, Informationen für wirksame Beteiligung zu erschließen und welchen Verbesserungsbedarf es gibt. Der Thüringer Justizminister Dr. Holger Poppenhäger sprach zur Ausweitung des Wahlrechts für EU-Bürger. Dirk Adams, Abgeordneter der Grünen, plädierte für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, Jörg Hopfe (Landtagsverwaltung) informierte über eine Konzeption zu Abstimmungsbroschüren und Ralf-Uwe-Beck stellte ein Projekt der „aufsuchenden“ Beteiligung bei der Vorbereitung der Olympischen Spiele in London vor – d.h. vor Verwirklichung von Projekten Betroffene in ihren Wohnvierteln einzubeziehen.

Sandra Steck